

Liebe Leserinnen und Leser,

Berliner Wochen sind immer geprägt von vielen Terminen, interessanten Gesprächen und verschiedensten Thematiken. Sicherlich prägten – nicht nur die mediale Berichterstattung – die Ereignisse auf dem Mittelmeer. Neben diesem ersten Punkt der Frage von Flüchtlingsströmen übers Mittelmeer, freute ich mich wieder Jugendlichen diese Woche Politik auf zweierlei Weise greifbarer machen zu können. Dies ist mir ein wirkliches Herzensanliegen.

Flüchtlinge: Europa muss endlich gemeinsam handeln!



Es sind erneut hunderte Flüchtlinge bei ihrem Versuch, Europa zu erreichen, ums Leben gekommen. Die europäische Staatengemeinschaft muss endlich gemeinsam handeln, um weitere humanitäre Katastrophen im Mittelmeer zu verhindern. Wir brauchen eine effektive Seenotrettung, um Sterben und Leid unzähliger Flüchtlinge zu beenden. Und wir müssen alle Anstrengungen

unternehmen, um das menschenverachtende Geschäft der Schlepperbanden in den Herkunfts- und Transitländern wie Libyen zu stoppen.

Klar ist: Die Lage wird sich dort nicht über Nacht stabilisieren. Deshalb müssen Maßnahmen ergriffen werden, die kurzfristige Wirkung zeigen.

Deutschland hat die humanitäre und historische Verpflichtung, politisch Verfolgte und Flüchtlinge aus Kriegsgebieten aufzunehmen. Um dieser Verantwortung tatsächlich gerecht zu werden, müssen wir Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen und versorgen.

Die betroffenen Kommunen stoßen derzeit an ihre Grenzen. Deshalb muss der Bund sich stärker als bisher geplant an den Kosten für Flüchtlinge beteiligen. Um Asylbewerbern eine Chance zu geben, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren, brauchen wir zudem Verfahren, die rasch klären, ob ein Recht auf Asyl besteht oder nicht. Die anvisierte Bearbeitungszeit von drei Monaten ist noch nicht erreicht. Wir setzen uns daher dafür ein, die Stellen des Bundesamtes für Migration und Asyl nochmals aufzustocken.

Angesichts der Dimension der Flüchtlingszahlen ist klar: Um das Problem zu lösen, müssen alle zusammenarbeiten. Sowohl in Europa als auch auf nationaler Ebene. Das ist zu Recht die

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Erwartungshaltung unserer Bürgerinnen und Bürger. Ein „Schwarzes-Peter-Spiel“ auf dem Rücken von Kommunen und Flüchtlingen machen wir nicht mit!

Alleinerziehende werden endlich entlastet

Auf der gemeinsamen Klausur der geschäftsführenden Vorstände der Fraktionen von SPD und CDU/CSU in Göttingen hat unsere Fraktion einen wichtigen Erfolg für mehr Gerechtigkeit in der Familienpolitik erzielt: Wir haben durchgesetzt, dass der steuerliche Freibetrag für Alleinerziehende erstmals seit über zehn Jahren erhöht wird, und zwar deutlich um 600 Euro auf 1908 Euro.



Tatsache ist: In Deutschland gibt es immer mehr Alleinerziehende. In rund 20 Prozent aller Familien leben inzwischen Mutter oder Vater allein mit ihren Kindern. Alleinerziehende leisten enorm viel, müssen dabei im Schnitt mit einem deutlich geringeren Haushaltseinkommen auskommen als Paarfamilien und sind überproportional von Armut betroffen. Alle Kinder haben das Recht auf

einen guten Start ins Leben. Die finanzielle Unterstützung von Familien muss dort ankommen, wo sie wirklich gebraucht wird: Bei Familien mit mittlerem oder niedrigem Einkommen und Alleinerziehenden. Im Zuge der verfassungsrechtlich notwendigen Anhebung der steuerlichen Kinderfreibeträge haben wir daher dafür gesorgt, dass auch das Kindergeld und der Kinderzuschlag erhöht werden.

Familienleistungen erhöhen

Mit dem geplanten Gesetz sollen der steuerliche Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag für 2015 und 2016 entsprechend den Vorgaben des 10. Existenzminimumberichts angehoben werden. Diese Anpassung stellt das Existenzminimum steuerfrei und ist verfassungsrechtlich geboten.

Damit die Förderung bei den Familien ankommt, die nicht vom steuerlichen Kinderfreibetrag profitieren, haben wir durchgesetzt, dass das Kindergeld in gleichem Verhältnis angehoben wird. Das Kindergeld soll rückwirkend ab dem 1. Januar 2015 um vier Euro pro Monat und ab 1. Januar 2016 um weitere zwei Euro pro Monat steigen. Außerdem wird der Kinderzuschlag ab dem 1. Juli 2016 um 20 Euro pro Monat angehoben.

Nachtragshaushalt 2015 – Gute Investition unsere Zukunft



Um Arbeitsplätze und unseren Wohlstand von morgen zu sichern, müssen wir heute klug investieren. Deshalb haben wir in den vergangenen Monaten Druck gemacht und dafür gesorgt, dass die Investitionen des Bundes um 15 Mrd. Euro stärker steigen als ursprünglich im Koalitionsvertrag vereinbart. Diese zusätzlichen Mittel fließen in höhere Investitionen in die Infrastruktur (4,3 Mrd. Euro) und in Energieeffizienz, Klimaschutz und Städtebau (2,2 Mrd. Euro).

Wir haben zudem durchgesetzt, dass 5 Mrd. Euro des Investitionspaktes eingesetzt werden, um Kommunen weiter finanziell zu entlasten. Damit sorgen wir dafür, dass auch Kommunen mit angespannter Kassenlage in ihre wirtschaftliche Zukunft investieren können:

- ✓ Mit einem Sondervermögen von 3,5 Mrd. Euro sollen gezielt Investitionen finanzschwacher Kommunen in Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz gefördert werden. Die Mittel werden nach einem Schlüssel an

die Länder ausgeschüttet, der Einwohnerzahl, Höhe der Kassenkredite und Anzahl der Arbeitslosen berücksichtigt.

Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in unserem Land zu wahren.

- ✓ Um die die finanziellen Spielräume der Kommunen weiter zu erhöhen, haben wir uns zudem mit Erfolg dafür eingesetzt, dass die Entlastung der Kommunen für das Jahr 2017 um weitere 1,5 Mrd. Euro auf insgesamt 2,5 Mrd. Euro steigt und dann 2018 mit 5 Mrd. Euro ihre volle Höhe erreicht.

Unabhängige Experten sind sich einig: In Deutschland besteht eine Investitionslücke. Damit wir nicht länger von unserer Substanz leben, brauchen wir mehr Investitionen der öffentlichen Hand. Aber wir müssen auch bessere Anreize für private Investitionen schaffen.

Klar ist: Dabei geht es nicht darum, Bund, Länder und Kommunen aus ihrer Verantwortung für Ausbau und Erhalt öffentlicher Infrastruktur zu entlassen. Auch die unabhängige Expertenkommission um DIW-Chef Marcel Fratzscher lehnt eine Privatisierung von Bundesfernstraßen ab. Ziel muss es vielmehr sein, bürokratische

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Hindernisse abzubauen und moderne Finanzierungsformen zu fördern.

Investitionen sind die Voraussetzung, um eine starke Wirtschaft, Arbeitsplätze und eine hohe Lebensqualität für unsere Kinder und Enkel zu sichern. Dafür legen wir jetzt den Grundstein.



Bericht des Wehrbeauftragten 2014

In dieser Woche beraten wir den Bericht des Wehrbeauftragten für das Jahr 2014. Der Wehrbeauftragte bemängelt in seinem Bericht die Folgen durch die Neuausrichtung der Bundeswehr. Er weist auf den maroden Zustand einiger Bundeswehrliegenschaften ebenso hin wie auf Mängel bei den militärischen Großgeräten.

Im Bereich des Sanitätsdienstes führen Personalengpässe zu Vakanzen, die Auswirkungen auf die Versorgung der Soldatinnen und Soldaten haben können. Die Folgen der anstrengenden Auslandseinsätze sind enorm. Für kommende Einsatzverpflichtungen gilt es deshalb, auch Lehren zu ziehen. Die Vereinbarkeit von Familie und Dienst hat auch im Berichtsjahr die Bundeswehrangehörigen bewegt, hier muss die Bundeswehr mehr tun, wenn sie guten Nachwuchs

gewinnen will. Angesichts der bedrückenden Anzahl der Suizide und Suizidversuche müssen zudem Auswirkungen des Soldatenberufs auf den familiären Bereich bedacht werden.

Und es gilt: Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten muss auch bei der Bundeswehr die Messlatte für "Gute Arbeit" gelten. Mit dem Gesetz zur Steigerung der Bundeswehrattraktivität hat der Bundestag bereits viele Vorschläge unserer Arbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik umgesetzt.



Erdverkabelung erleichtern, Netzausbauplanung verbessern

Der Ausbau der Energienetze ist ein zentraler Baustein der Energiewende. Deshalb beraten wir in dieser Woche in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Rechts des Energieleitungsbaus. Darin werden neben der Erweiterung der Kriterien für die vier vorgesehenen Pilotvorhaben zur Erdverkabelung von Hochspannungsleitungen gezielt weitere

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Pilotvorhaben für eine Teilerdverkabelung aufgenommen. Es wird klargestellt, dass die Kriterien wie Abstand zur Wohnbebauung oder Belange des Naturschutzes nicht auf der gesamten Länge vorliegen müssen und damit auch längere Verkabelungsabschnitte realisiert werden können. Aus finanziellen und technischen Gründen müssen Freileitungen weiter Priorität haben, doch wird durch eine Erweiterung des Erdkabelbegriffs zukünftig die Möglichkeit geschaffen, auch Erfahrungen hinsichtlich anderer technischer Lösungen zur unterirdischen Verlegung von Höchstspannungsleitungen zu sammeln.

Außerdem soll der bisher jährliche Turnus der Netzentwicklungsplanung der Übertragungsnetzbetreiber im Strom- und Gasbereich auf einen zweijährigen Turnus umgestellt werden. Zwar hat sich die 2011 neu eingeführte Bedarfsermittlung an Energietransportsystemen unter umfassender Öffentlichkeitsbeteiligung bewährt, der Zeitraum von nur einem Jahr ist jedoch zu knapp. Häufig überlappen sich die Endphase der Erstellung eines Berichts und der Beginn der Arbeit am nächsten Bericht.

Besuch zweier Schulklassen der Anne-Frank-Hauptschule Coesfeld

Am Mittwoch besuchten mich Schülerinnen und Schüler der Anne-Frank-Hauptschule Coesfeld im

Bundestag. Die 42 Neuntklässler sowie ihre Lehrer informierten sich im Rahmen eines Vortrages im Plenarsaal über die Arbeit des Deutschen Bundestages. Im Anschluss gab es eine Gesprächsrunde mit mir und ich berichtete über meine Arbeit und beantwortete die zahlreichen Fragen der Jugendlichen.



Anschließend ging es mit der Gruppe durch das Reichstagsgebäude und auf die Reichstagskuppel. Nach einem Mittagessen im Bundestag nutzten die Schülerinnen und Schüler noch die Möglichkeit, das Regierungsviertel zu erkunden.



Die Schulklasse, die sich seit Montag in Berlin befindet, hatte in den vergangenen Tagen bereits ausreichend Gelegenheit, die Bundeshauptstadt

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

und ihre zahlreichen Sehenswürdigkeiten kennenzulernen. Am heutigen Freitag geht es dann für die Gruppe, mit vielen neuen Eindrücken im Gepäck, zurück in die Heimat.

Girl's Day im Wahlkreisbüro

In unserem Altenberger Wahlkreisbüro hatte die 12-jährige Jana Brunsmann Gelegenheit den Politikbetrieb kennenzulernen.



„Mich hat sehr interessiert, wie ein Arbeitstag in der Politik aussieht. Ich hatte viele Fragen dazu und wollte wissen, was ein Bundestagsabgeordneter eigentlich so macht. Über den vollgestopften Kalender, mit vielen Terminen war ich sehr überrascht. Es war ein sehr spannender Tag für mich“, so Jana Brunsmann.

Für mich ist es sehr wichtig, jungen Menschen, vor allem auch Mädchen und jungen Frauen Einblicke in die politische Arbeit zu geben, damit sie den Politikbetrieb kennenlernen und sich dafür begeistern. Das Interesse an Politik und

gesellschaftlichen Themen kann nicht früh genug geweckt werden. Darum haben ich und mein Büro uns sehr gerne am Girl's Day beteiligt.

So konnte Jana Brunsmann Eindrücke über den Büroalltag in einem Wahlkreisbüro erhalten und erfahren, wie Politik im Parlament und im Wahlkreis gemacht wird.

Vielleicht treffe ich Jana ja irgendwann im Politikbetrieb als Mitarbeiterin oder sogar als Politikerin wieder.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende

Ihr

